

## Wie wir Trier verändern wollen

Liebe Freundinnen,  
liebe Freunde,

am vergangenen Mittwoch haben wir auf unserer Mitgliederversammlung den Beschluss gefasst, mit der CDU darüber zu verhandeln, ob es in den kommenden Jahren zu einer konkreten Zusammenarbeit in einer Reihe von Politikbereichen kommen soll. Dieser Beschluss hat für sehr viel Wirbel gesorgt, vielleicht auch deshalb, weil nach außen von uns nicht eindeutig genug kommuniziert wurde, was eigentlich der Beschluss besagt. Wir wenden uns mit diesem Brief an Euch, um zu erklären, was bislang geschehen ist, welche Beschlüsse gefasst wurden und welche Überlegungen dahinter steckten.

Deshalb stellen wir zuallererst klar, dass unsere letzte Mitgliederversammlung weder eine Koalition noch sonst eine feste Zusammenarbeit beschlossen hat. Sie hat lediglich beschlossen, dass nach erfolgreicher Sondierung nunmehr mit der CDU verhandelt werden soll. Nicht mehr und nicht weniger. Die Trierer Grünen haben somit bislang auch kein inhaltliches Papier verabschiedet.

### Was ist bisher geschehen?

Bereits vor der Kommunalwahl haben wir unseren Wählerinnen und Wählern gesagt, dass wir versuchen wollen, nach der Wahl eine feste und zuverlässige Mehrheit im Stadtrat dazu zu nutzen, unsere zentralen inhaltlichen Anliegen umzusetzen. Daher war bereits vor der Kommunalwahl klar, dass eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit der CDU möglich und sogar nicht ganz unwahrscheinlich war. In Kenntnis des Ergebnisses der Kommunalwahl haben wir dann ebenfalls auf einer Mitgliederversammlung eine Sondierungskommission, bestehend aus Petra Kewes, Wolf Buchmann, Thorsten Kretzer, Corinna Ruffer und Reiner Marz, eingesetzt.

Die Kommission hatte den Auftrag, auszuloten, ob und mit wem es sinnvoll wäre, weitere konkrete Verhandlungen aufzunehmen. Dabei sollte mit allen Fraktionen bzw. Parteien mit Ausnahme der AfD gesprochen werden. Diesen Auftrag hat die Sondierungskommission erfüllt. Sie hat der Mitgliederversammlung einen Bericht vorgelegt und die Empfehlung ausgesprochen, mit der Trierer CDU weiter zu verhandeln. Die Mitgliederversammlung ist dieser Empfehlung gefolgt und hat die bisherige Sondierungskommission zur Verhandlungskommission gemacht.

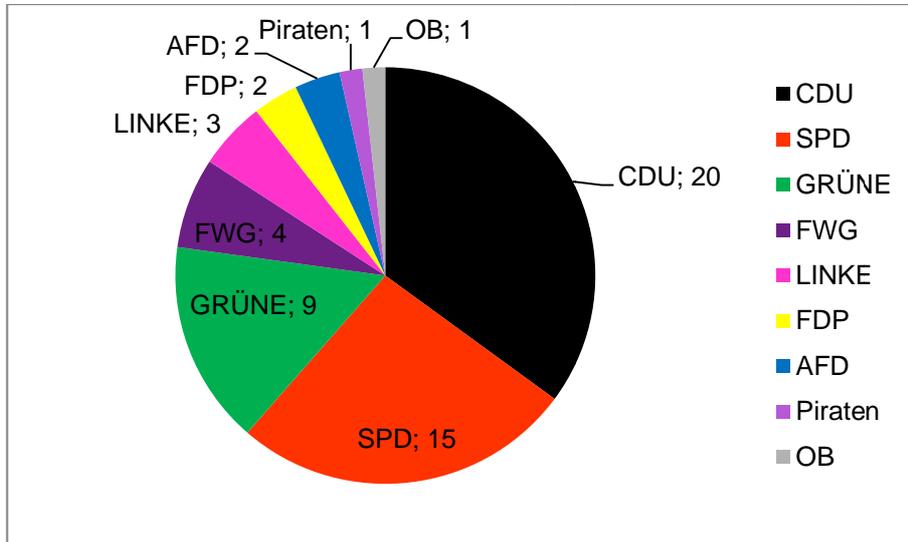
Dieses Verfahren haben Grüne schon häufig angewendet. Es ist transparent und überlässt der Mitgliederversammlung alle wesentlichen Entscheidungen. Es ist das Gegenteil von Hinterzimmerpolitik, denn sowohl Vorstand als auch Kommission wissen, dass ihre Ergebnisse und Empfehlungen vor Euch, den Mitgliedern, bestehen müssen.

Rückblick auf die letzte Mitgliederversammlung

- 2009: Nach der Kommunalwahl werden Sondierungen mit SPD, FDP und CDU durchgeführt. Ein „Bündnis für Trier“, wird mit der SPD und der FDP vereinbart.
- 2011: SPD und FDP weichen vom Vertrag ab. Ratsmitglieder aus beiden Fraktionen wechseln zur FWG. Das Bündnis hat keine Mehrheit mehr.
- Januar 2014: Die Mitgliederversammlung der GRÜNEN beschließt, nach der Kommunalwahl Verhandlungen über eine Zusammenarbeit im Rat aufzunehmen. Es soll sowohl mit der SPD als auch mit der CDU gesprochen werden.
- Mai 2014: Sondierungen mit allen Parteien im Rat (außer der AfD), werden von der Mitgliederversammlung beschlossen.

## Stabilität für Trier

Bereits bei der MV, die die Sondierungskommission eingesetzt hat, war klar, dass es rechnerisch nur eine stabile Mehrheit mit der CDU oder eine große Koalition, also das weiter so wie bisher, geben kann. Eine stabile Mehrheit mit SPD und uns alleine gibt es nicht. Eine rot-grüne Zusammenarbeit hätte also die Mitarbeit weiterer im Rat vertretenen Fraktionen vorausgesetzt.



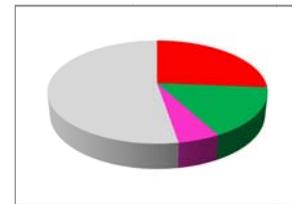
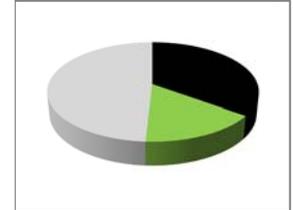
Wechselnde Mehrheiten würden mit Sicherheit die einen oder anderen Überraschungserfolge für die GRÜNEN in der Trier Stadtpolitik bedeuten, sie bedeuten aber auch die Zementierung der bisherigen Politik. GRÜNE hätten weiterhin geringen bis keinen Einfluss auf die Haushaltspolitik. Eine unausgesprochene Große Koalition würde weiterhin die Politik in Trier bestimmen. Oder es käme, wie so oft, zu widersprüchlichen Prioritätensetzungen, die der Verwaltung den Spielraum lässt, am Rat vorbei Politik zu machen.

## Einfluss der OB-Wahl

Eine Besonderheit, die es nicht gerade leichter gemacht hat, war die bevorstehende Stichwahl für das Amt des oder der Oberbürgermeister\*in. Denn wenn die jetzt beginnenden Verhandlungen zu einem Erfolg führen, dann würde es ja durchaus helfen, wenn der bzw. die Inhaber\*in des Amtes zu uns oder unserem Partner gehören würde. Dennoch haben sich Vorstand und Fraktion eindeutig und mit großer Mehrheit dafür entschieden, der Mitgliederversammlung ein neutrales Verhalten zu empfehlen. Nun wird uns von einigen unterstellt, dies sei bereits ein Zugeständnis an die CDU, da wir ansonsten doch den SPD-Kandidaten Wolfram Leibe unterstützt hätten. Dies trifft jedoch keineswegs zu. Wir haben uns völlig unabhängig von den Sondierungen eindeutig gegen eine solche Unterstützung entschieden. Interessant ist dabei, dass es sogar maßgebliche Stimmen bei den LINKEN gab, die laut überlegt haben, Hiltrud Zock zu unterstützen. Warum? Vermutlich aus den gleichen Gründen, die uns bewogen haben, uns nicht hinter Herrn Leibe zu stellen. Aber es gibt genauso schwer wiegende Argumente, die gegen die Unterstützung von Frau Zock sprechen. Wir haben Fred deshalb aufgestellt, weil er uns überzeugt hat, gesucht nach ihm haben wir deshalb, weil uns die beiden anderen inhaltlich zu weit von uns entfernt sind. Die Empfehlung von Vorstand und Fraktion war

### Mehrheitsverhältnisse im Rat

Mit der Stimme des/der Oberbürgermeister\*in liegt die absolute Mehrheit im Rat bei 29 Stimmen.



Selbst Rot-GRÜN-Rot mit einer OB-Stimme hätte keine Mehrheit im Rat. Alle anderen Parteien haben eine feste Zusammenarbeit ausgeschlossen.

Warum keine Wahlempfehlung für die Stichwahl zur Oberbürgermeister\*in?

Beide Kandidat\*innen hatten uns nicht überzeugt, daher haben wir mit Fred Konrad einen eigenen Kandidaten ins Rennen geschickt.

Auch im Wahlkampf blieben die Aussagen beider Bewerber\*innen wenig mitreißend und blass. Daher haben wir GRÜNE, genauso wie die LINKE und die FWG keine Empfehlung ausgesprochen.

inhaltlich begründet und die ausführliche inhaltliche Diskussion auf der MV hat auch gezeigt, dass es zahlreiche Gründe für eine Neutralität gibt.

### Wie geht es weiter mit der CDU?

Mit den Verhandlungen mit der CDU verfolgen wir inhaltliche Ziele und wir werden am Ende nur einen Vertrag unterschreiben, der die Stadt im Sinne eines sozial-ökologischen Wandels voran bringt.

Bereits die Sondierungen haben gezeigt, dass es Politikbereiche gibt, in denen mehr Übereinstimmungen zwischen GRÜNEN und CDU bestehen als wir zunächst erwartet haben. Dies hängt auch damit zusammen, dass die Auseinandersetzung um das ECE Shopping-Center uns gezeigt hat, in welchem Maße die SPD - angeführt von Klaus Jensen - bereit war, die Stadt an einen unrühmlichen Investor zu verscherbeln. Die Frage, wie sich Trier in der Innenstadt einerseits und bezogen auf den Einzelhandel andererseits aufstellen wird, ist eine der ganz wichtigen Fragen für die anstehende Wahlperiode. Hier stehen sich GRÜNE und CDU, zugegebenermaßen aus unterschiedlichen Motiven, inhaltlich sehr nahe und es wäre ein immens großer gemeinsamer Erfolg, wenn wir ein weiteres überdimensioniertes Shopping Center verhindern könnten. Zwar keine Übereinstimmung, aber doch eine gewisse Annäherung hat es im Bereich der Verkehrspolitik gegeben. Moselaufstieg und Meulenwaldautobahn sind und werden auch unüberbrückbare Gegensätze bleiben. Dazu wird es gar nicht erst den Versuch geben, eine gemeinsame Position zu formulieren. Das war übrigens vor fünf Jahren im Ampelbündnis auch nicht anders. Aber die auch von der CDU gewollte Steigerung der Attraktivität des ÖPNV, die gemeinsame Einsicht, dass das Trierer Radflickennetz zu einem wirklichen Radwegenetz ausgebaut werden muss, sind wichtige Gründe dafür, dass wir uns eine Zusammenarbeit mit der CDU vorstellen können.

Die Sondierungen mit der CDU haben nicht nur gemeinsame Ideen für die Stadtpolitik aufgezeigt, sondern waren auch von einer vertrauensvollen Atmosphäre geprägt.

Das auf der MV vorgestellte Papier ist nicht verabschiedet worden. Es sollte einen Bericht darstellen, über welche möglichen, aber eben noch nicht abschließend beratenen Punkte gesprochen wurde. Es ist die Aufgabe der von Euch in der Mitgliederversammlung gewählten Verhandlungskommission, am Ende ein Paket vorzuschlagen, von dem wir sagen können, dass das, was wir erreichen werden, die Kompromisse, die wir auch schließen werden, rechtfertigt. Am Ende entscheidet Ihr auf einer Mitgliederversammlung, und Ihr könnt sicher sein, dass das allen Mitgliedern der Kommission sehr bewusst ist.

Sondierungsergebnis als Arbeitsauftrag

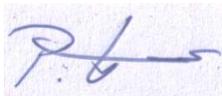
Um eine größtmögliche Transparenz herzustellen, wurde der Entwurf der bisherigen Sondierungsergebnisse der MV vorgelegt, damit Rückmeldungen in den Verhandlungsprozess einfließen können.

### Wie könnt Ihr Euch beteiligen?

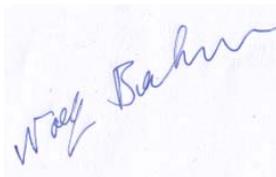
Auf der Mitgliederversammlung haben wir bereits erläutert, dass wir fachliche Arbeitsgruppen bilden möchten, die die Verhandlungskommission unterstützen. Diese bauen wir gerade auf. Wenn Ihr Euch aktiv an dem Prozess beteiligen wollt, meldet Euch bitte bei Ewald (Adresse s.o.) und gebt ihm auch das Thema an, für das Ihr Euch interessiert. Ihr werdet dann zu dem Treffen der dafür zuständigen Arbeitsgruppe eingeladen. Über eine rege Beteiligung würden wir uns sehr freuen.

Wie immer werden wir den Arbeitsprozess mitgliederoffen gestalten.

Solidarische Grüße



Petra Kewes



Wolf Buchmann